

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2017

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Safer Internet Day: Das Internet zurückerobern!	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Europäisches Parlament fordert automatische grenzübergreifende Anerkennung von Adoptionen	1
Europäische Kommission eröffnet Konsultationen zu lebenslangem Lernen und EHAP	1
Kinderschutz in grenzüberschreitenden Familiensachen – EWSA nimmt Stellung.....	2
Europäisches Semester: Kommission legt Länderberichte vor	2
Ergebnisse der Ratstagung „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“	2
Gemeinsame Erklärung gegen weibliche Genitalverstümmelung	3
Uneheliche Kinder als Erben – EuGH rügt deutsche Regelung	3
EU-Kommissar erklärt: Frauen haben Recht auf selbstbestimmte Familienplanung.....	3
EU-Kommission muss sich ausführlicher mit Bürgerinitiativen beschäftigen	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Schweiz will pflegende und betreuende Angehörige entlasten	4
Österreich führt Kindergeldkonto ein	4
Litauen verbietet körperliche Bestrafung von Kindern	4
Bericht zur Situation von Alleinerziehenden in Großbritannien	4
Weitere Nachrichten	5
Europäische Wissenschaftler wollen GGP-Daten verbessern.....	5
Safer Internet Day – Unternehmen verpflichten sich zu mehr Sicherheit für Kinder im Internet.....	5
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften: Europarat veröffentlicht Menschenrechtskommentar	5
EFSA-Konsultation zu Stoffen in Säuglingsnahrung	5
Eurochild entwickelt Strategie zur Einbindung von Kindern	6
Berichte und Studien.....	6
Kindergesundheit in Europa – Ergebnisse der I.Family-Studie	6
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks	6
FRA-Bericht zu kindgerechter Justiz	7
Europäische Behindertenstrategie – Fortschrittsbericht vorgestellt.....	7
Europarat veröffentlicht Jahresbericht zur Gender Equality Strategy	7
EU-Quartalsbericht: Beschäftigungszuwachs in der EU	7
Neue Flash Reports des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Safer Internet Day: Das Internet zurückerobern!

Anlässlich des Safer Internet Day am 7. Februar hat COFACE – Families Europe darauf aufmerksam gemacht, wie das Internet zu einem sicheren und hilfreichen Ort für Familien gemacht werden kann. Zwar seien Themen wie digitale Kompetenzen und *Netiquette*, Datenschutz und Maßnahmen gegen Mobbing wichtige Punkte. COFACE – Families Europe wolle darüber hinaus aber besonders darauf aufmerksam machen, welchen Beitrag individuelle Aktivitäten leisten können. Ein Beispiel sei die sogenannte Gegenrede, wenn man im Internet auf verletzend und diskriminierende Kommentare stoße. Man könne aber auch kollektive Initiativen unterstützen, die zum Nutzen aller sind, wie zum Beispiel die Internetenzyklopädie Wikipedia. COFACE – Families Europe führt in ihrer Meldung weitere unterstützenswerte Beispiele auf, darunter Suchmaschinen, die die Privatsphäre schützen, oder Software, die nach dem Open source-Prinzip entwickelt worden ist. Indem man solche Angebote und Initiativen nutze, trage man zu der Idee bei, die im Motto des diesjährigen Safer Internet Days zum Ausdruck komme: „Be the change – Sei der Wandel“.

➤ [Weitere Informationen](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäisches Parlament fordert automatische grenzübergreifende Anerkennung von Adoptionen

Um das Kindeswohl zu schützen, drängt das Europäische Parlament darauf, alle EU-Länder zu verpflichten, Adoptionsentscheidungen gegenseitig automatisch anzuerkennen. In einer am 2. Februar angenommenen Entschließung wird ein entsprechender europäischer Adoptionsvertrag gefordert. Gemäß dem Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung von 1980 gilt die Anerkennung von Adoptionen in allen Unterzeichnerstaaten (einschließlich aller EU-Mitglieder) automatisch, betrifft jedoch nur Fälle, in denen die Eltern des adoptierten Kindes aus verschiedenen Ländern kommen. Deshalb kommt es vor, dass Familien mit Adoptivkindern mit rechtlichen und Verwaltungshindernissen konfrontiert sind, wenn sie von einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen ziehen – zum Beispiel bei der Einschulung oder der ärztlichen Versorgung, wenn nicht zuvor zusätzliche rechtliche Schritte unternommen werden, um die Erziehungsberechtigten festzustellen.


Europäische Kommission eröffnet Konsultationen zu lebenslangem Lernen und EHAP

Am 22. Februar hat die Europäische Kommission eine Konsultation gestartet, um die Empfehlungen zu den Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen von 2006 zu überarbeiten. Unter Schlüsselkompetenzen werden Fähigkeiten wie die Kommunikation in der Muttersprache, Computerkenntnisse, Lese- und Schreib- und Grundfertigkeiten in Mathematik und Naturwissenschaften, aber auch Querschnittskompetenzen wie Lernkompetenz, soziale Verantwortung und Bürgersinn, Eigeninitiative und Unternehmergeist, Kulturbewusstsein und Kreativität gefasst. Sie sollen zur persönlichen Entfaltung der Lernenden beitragen und ihnen helfen, Arbeit zu finden und an der Gesellschaft teilzuhaben. Studien zufolge sollen 70 Millionen Europäer/innen keine ausreichenden Lese- und Schreibkompetenzen, und noch mehr Personen Defizite beim Rechnen und bei den digitalen Kompetenzen hätten. Die Konsultation läuft bis zum 19. Mai 2017.

Bereits Anfang Februar hat die öffentliche Konsultation zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) begonnen. Sie wird im Rahmen der Halbzeitevaluierung des EHAP durchgeführt und läuft bis zum 5. Mai 2017. Der EHAP hilft den am stärksten benachteiligten Personen, indem er auf ihre Grundbedürfnisse eingeht. Der Fonds hat zum Ziel, den sozialen Zusammenhalt und soziale Eingliederung zu verbessern und damit zur Armutsbeseitigung in der Europäischen Union beizutragen.

- Zu den Konsultationen: [Lebenslanges Lernen](#)  und [EHAP](#)


Kinderschutz in grenzüberschreitenden Familiensachen – EWSA nimmt Stellung

Im Juni 2106 hat die EU-Kommission Verbesserungen der EU-Vorschriften zum Schutz von Kindern vorgeschlagen, wenn diese von grenzüberschreitenden Sorge- oder Umgangsrechtsverfahren betroffen sind (vgl. [EuropaNews 6/2016](#) ). Dazu hat Ende Januar der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) Stellung genommen. Er begrüßt, dass die Kommission entsprechende Verfahren beschleunigen und stärker auf die Berücksichtigung des Kindeswohls ausrichten will. Die Kommission will eindeutiger Regelungen zur gerichtlichen Zuständigkeit und zur Vollstreckung der Urteile einführen. Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, sollen die Möglichkeit einer Anhörung erhalten.

Europäisches Semester: Kommission legt Länderberichte vor

Am 22. Februar hat die Kommission ihre jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten vorgestellt. Die Fortschrittsbewertung der Mitgliedstaaten ist Teil des jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene, dem sogenannten Europäischen Semester. Aus den Länderberichten geht hervor, dass die Arbeitslosenquoten dank der wirtschaftlichen Erholung in den meisten Mitgliedstaaten gesunken sind, aber nach wie vor über dem Stand von vor der Krise liegen. Die in einigen Berichten enthaltenen eingehenden Überprüfungen belegen, dass hohe Leistungsbilanzdefizite korrigiert worden sind und hohe private und öffentliche Schulden sowie Auslandsschulden allmählich zurückgehen. Die Länderberichte werden nun im Rat besprochen und anschließend in bilateraler Treffen mit den Mitgliedstaaten erörtert. Nach Ansicht der Kommission sollen die Mitgliedstaaten die Parlamente und Sozialpartner eng einbinden und, durch eine breite Partizipation von Interessenträgern, die Mitverantwortung für den Reformprozess stärken.

Ergebnisse der Ratstagung „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“

Der Rat der Europäischen Union hat auf seiner Tagung im Februar Schlussfolgerungen zum Thema „Investieren in Europas Jugend unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Solidaritätskorps“ angenommen. Damit reagiert er auf die Jugendinitiative der Kommission (vgl. [EuropaNews 12/2016](#) ), die die Qualifikationen und Chancen junger Menschen verbessern soll. Dazu gehört auch das Europäische Solidaritätskorps, mit dem mehr junge Menschen die Möglichkeit erhalten sollen, an einem breiten Spektrum gemeinnütziger Tätigkeiten in Europa teilzunehmen. Die Minister/innen berieten ferner über den Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum sozialen Zusammenhalt und die Förderung der gemeinsamen europäischen Werte im Rahmen des Europäischen Semesters 2017. Sie betonten, dass die Bildungspolitik eine grundlegende Rolle bei der Förderung von Inklusion und der Achtung der Vielfalt in der Europäischen Union spielt. Die Sicherstellung einer inklusiven hochwertigen Bildung solle in einer lebenslangen Perspektive betrachtet werden, die alle Aspekte der Bildung abdeckt.

Gemeinsame Erklärung gegen weibliche Genitalverstümmelung

Der 6. Februar ist der Internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung. Er macht darauf aufmerksam, dass jedes Jahr weltweit etwa 200 Millionen Mädchen beschnitten werden – davon etwa 500.000 in Europa. Die weibliche Genitalverstümmelung ist in allen Mitgliedstaaten der EU eine strafbare Handlung. In einer gemeinsamen Erklärung haben mehrere EU Kommissar/innen festgehalten, dass dem Personal im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei der Polizei, im Rechtssystem und in der öffentlichen Verwaltung bei der Durchsetzung dieses Verbots eine zentrale Rolle zukomme. Sie kündigen an, diese Berufsgruppen durch eine EU-weite Internetplattform darin zu unterstützen, frühzeitig erkennen zu können, welche Mädchen Gefahr laufen, Opfer von Genitalverstümmelung zu werden. Es sollen insbesondere von Migration betroffene Frauen und Mädchen geschützt werden, indem ihnen Zugang zu medizinischer Versorgung, psychosozialer Betreuung und juristischer Unterstützung gewährt wird. Darüber hinaus werde es jedoch erforderlich sein, dass die Gesellschaft die Normen infrage stelle und verurteile, die zur Verbreitung dieser Praxis führen.

Uneheliche Kinder als Erben – EuGH rügt deutsche Regelung

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine Regelung gerügt, nach der Personen, die vor dem 1. Juli 1949 unehelich geboren wurden, von Erbschaften ausgeschlossen waren, wenn der betreffende Elternteil vor einem bestimmten Stichtag gestorben war. Diese Stichtagsregelung sei diskriminierend. Alte Fälle könnten nun durchaus noch mal aufgerollt werden, wenn es den anderen Erben einigermaßen zugemutet werden kann.

EU-Kommissar erklärt: Frauen haben Recht auf selbstbestimmte Familienplanung

Mit Bezug auf die vom neuen US-Präsidenten Donald Trump wieder eingeführte sogenannte „Mexico City Policy“, die Nichtregierungsorganisationen US-Finanzmittel versagt, wenn sie Beratungen zu Schwangerschaftsabbrüchen durchführen, hat sich EU-Kommissar Neven Mimica zur Stärkung von Frauenrechten und damit auch der Familienplanung als zentralem Element für die EU-Entwicklungspolitik bekannt. Die internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik der EU-Kommission werde auch weiterhin eine führende Rolle dabei spielen, Frauen den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Familienplanung zu gewährleisten. Weltweit seien 225 Millionen Frauen auf moderne Verhütungsmittel angewiesen. Über 300.000 stürben jedes Jahr durch Schwangerschaften und geburtsbedingte Verletzungen, 99 Prozent von ihnen stammten aus Entwicklungsländern.

EU-Kommission muss sich ausführlicher mit Bürgerinitiativen beschäftigen

Das erstinstanzliche Gericht der Europäischen Union (EuG) hat das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative gestärkt, mit der EU-Bürger die Kommission zu neuen Gesetzen auffordern können. Lehnt die Kommission eine solche Initiative ab, muss sie dies genau und auf die einzelnen Vorschläge bezogen begründen, entschied das EuG. 2013 legten Bürger aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich und Rumänien eine Bürgerinitiative für besseren Minderheitenschutz vor. Sie will unter anderem erreichen, dass die EU den Minderheitenschutz bei der Vergabe von Fördermitteln besser berücksichtigt. Die EU-Kommission lehnte eine Registrierung mit der Begründung ab, die Vorschläge seien teilweise nicht mit EU-Recht vereinbar. Dies erklärte das EuG nun für nichtig, die Begründung sei „offensichtlich unzureichend“. Die Kommission hätte genauer angeben müssen, welche Maßnahmen sie aus welchen Gründen ablehnt. Nur dann könne der Bürgerausschuss die Ablehnung prüfen, um rechtlich

dagegen vorzugehen oder eine neue Initiative einzubringen. Nun muss die EU-Kommission neu über die Registrierung der Bürgerinitiative entscheiden oder den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als nächsthöhere Instanz anrufen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz will pflegende und betreuende Angehörige entlasten

Wer in der Schweiz ein krankes Familienmitglied pflegen muss, soll sich an seinem Arbeitsplatz kurzzeitig freistellen lassen können. Für Eltern mit schwer kranken Kindern soll zudem ein länger dauernder Betreuungsurlaub eingeführt werden. Der schweizer Bundesrat hat eine entsprechende Vorlage angestoßen. Darüber hinaus will der Bundesrat die Betreuungsarbeit in der Alterssicherung besser anerkennen. Die Maßnahmen sind Teil des „Aktionsplans zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger“. Im Zusammenhang damit hat das Bundesamt für Gesundheit ein Forschungsförderprogramm aufgelegt, das sich an Forschende in den Gesundheits- und Sozialwissenschaften richtet, um die Weiterentwicklung solcher Maßnahmen wissenschaftlich zu unterlegen.

- [Nähere Informationen zum Förderprogramm](#)

Österreich führt Kindergeldkonto ein

Ab März gibt es für österreichische Eltern ein sogenanntes Kindergeld-Konto, das ihnen mehr Flexibilität erlaubt als bisher. Sie erhalten, wenn sie nicht das einkommensabhängige Modell, sondern eine Pauschalvariante wählen, eine einheitlichere Gesamtsumme als bisher und können eine Bezugsdauer zwischen 12 und 28 Monaten (eine Person) bzw. zwischen 15 und 35 Monaten (beide Elternteile) wählen. Wenn sie in etwa gleichmäßig aufgeteilt wird, gibt es einen einmaligen Partnerschaftsbonus. Zudem wird eine „Familienzeit“ eingeführt, die es Vätern künftig erlaubt, direkt nach der Geburt einen Monat zuhause zu bleiben und in dieser Zeit eine Pauschalsumme von 700 Euro zu erhalten.

Litauen verbietet körperliche Bestrafung von Kindern

Das litauische Parlament hat einstimmig eine Ergänzung seines Kinderschutzgesetzes verabschiedet, nach der nun die körperliche Bestrafung von Kindern in allen Lebensbereichen verboten ist. Damit ist Litauen das 31. der 47 Mitglieder des Europarates, das die körperliche Bestrafung von Kindern per Gesetz ächtet. Das Gesetz muss noch vom Präsidenten unterzeichnet werden, bevor es in Kraft tritt.

Bericht zur Situation von Alleinerziehenden in Großbritannien

Alleinerziehende in Großbritannien sehen sich vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Ihre Kinder sind außerdem einem stark erhöhten Armutrisiko ausgesetzt. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung befasst sich mit den empirischen Daten, mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und mit den politischen Maßnahmen, die sich auf Ein-Eltern-Familien in Großbritannien beziehen.

- [Zum Bericht](#) 

Weitere Nachrichten

Europäische Wissenschaftler wollen GGP-Daten verbessern

Seit 2004 werden im Rahmen des „Generations and Gender Programme“ in 19 Ländern weltweit sozialwissenschaftliche Panel-Daten zu den Beziehungen zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern erhoben. Ein im Januar gestartetes Forschungsprojekt unter dem Titel „Evaluate, Plan, Initiate“ (EPI) widmet sich nun der Frage, wie sich die Erhebungsinstrumente und die Veröffentlichungsstrategien verbessern lassen. Acht Partnerinstitute aus den Niederlanden, aus Deutschland, Polen, Ungarn, Frankreich und Italien sind beteiligt. Dazu zählen von deutscher Seite die Max-Planck-Gesellschaft und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Safer Internet Day – Unternehmen verpflichten sich zu mehr Sicherheit für Kinder im Internet

Unternehmen, Fernsehsender, Telekommunikationsanbieter und NGOs haben am internationalen „Safer Internet Day“ (7. Februar) gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Kinderhilfswerk Unicef eine freiwillige Selbstverpflichtung veröffentlicht. Sie wollen Inhalte und Praktiken im Internet bekämpfen, die für Kinder schädlich sind. Die Vereinbarung ist Teil der Strategie der EU-Kommission, das Internet für Kinder sicherer zu machen. Unter dem Motto „Be the change: unite for a better internet“ hatte die Kommission weltweit zu Aktionen zum Thema Internetsicherheit aufgerufen. In Deutschland koordiniert das Projekt *klicksafe* die nationalen Aktivitäten und hat dieses Jahr den Fokus auf das Thema Cybermobbing gelegt.

- [Zur Selbstverpflichtung](#)  

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften: Europarat veröffentlicht Menschenrechtskommentar

Der Europarat hat am 21. Februar einen Menschenrechtskommentar veröffentlicht. Er trägt den Titel „Zugang zu eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften: es ist eine Frage der Gleichberechtigung“. Darin wird daran erinnert, dass die formale Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften nicht nur symbolischen Charakter habe, sondern notwendig sei, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Familien zu beenden und ihre Rechte zu schützen. Dadurch werde niemandem etwas weggenommen. Es sei an der Zeit, die Vielfalt von Individuen, Beziehungen und Familienformen als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu verstehen.

- [Zum Kommentar](#) 

EFSA-Konsultation zu Stoffen in Säuglingsnahrung

Die europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA startet eine öffentliche Konsultation zu ihrem neuen Leitlinienentwurf für die Risikobewertung von Stoffen in Lebensmitteln, die für unter 16 Wochen alte Säuglinge bestimmt sind. Der Wissenschaftliche Ausschuss der EFSA schlägt für Stoffe in Säuglingsanfangsnahrung einen neuen Bewertungsansatz vor, der die Entscheidungsfindung in der EU über die sichere Verwendung von Säuglingsanfangsnahrung besser unterstützen soll. Die EFSA ruft in diesem Zusammenhang Interessengruppen und sonstige interessierte Akteure auf, bis zum 31. März 2017 schriftliche Kommentare einzureichen. Ein Bericht über die Konsultation wird zusammen mit den endgültigen Leitlinien veröffentlicht werden.

- [Zur Konsultation](#) 

Eurochild entwickelt Strategie zur Einbindung von Kindern

Die europäische Kinderrechtsorganisation Eurochild möchte die Ansichten von Kindern stärker in ihre Arbeit einbinden und entwickelt eine neue Partizipationsstrategie. Sie bezieht sich sowohl auf die Arbeit des Verbands und seiner Geschäftsstelle als auch auf die Mitgliedsorganisationen. Ziel ist es, bis 2020 einen „Goldstandard“ der Partizipation von Kindern zu entwickeln.

Berichte und Studien

Kindergesundheit in Europa – Ergebnisse der I.Family-Studie

Die Regierungen Europas müssen Familien aktiv dabei helfen, die Gesundheit ihrer Kinder zu verbessern und der Verbreitung von Übergewicht entgegenzuwirken. Allein können Familien diese schwierige Aufgabe nicht erfüllen. Mit dieser zentralen Botschaft stellten die Partner der I.Family-Studie am 9. Februar in Brüssel die Ergebnisse ihrer großangelegten internationalen Studie zu Ernährung und Lebensstil von europäischen Kindern vor. Über fünf Jahre hinweg wurden mehr als 16.000 Kinder in acht europäischen Ländern (Belgien, Estland, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden, Ungarn, Zypern) wissenschaftlich begleitet. Untersucht wurden dabei Gesundheitszustand, Ernährungsverhalten, körperliche Fitness, lokale Umgebung sowie die Einflüsse des Freundeskreises und der eigenen Familie auf die Kinder. Wichtige Ergebnisse lauten beispielsweise: Die Anteile für Übergewicht/Fettleibigkeit variieren innerhalb von Europa stark – von etwa 40 Prozent bei Kindern zwischen 2 und 10 Jahren in Süditalien bis zu unter 10 Prozent in Belgien. Dabei hat der sozioökonomische Status großen Einfluss auf die Anteile für Übergewicht/Fettleibigkeit, auch im weiteren Lebensverlauf. Mädchen sind häufiger übergewichtig als Jungen. Die Mitglieder einer Familie ähneln sich beim Körpergewicht, bei den Risiken für Krankheiten und beim Ernährungsverhalten. Kinder sind dabei ihren Müttern ähnlicher als den Vätern. Das Körpergewicht von Kindern und Teenagern hängt außerdem mit dem Freundeskreis zusammen. Teenager greifen mit höherer Wahrscheinlichkeit zu ungesundem Essen, wenn es auch der Freundeskreis tut. Auch sind sie mit einer höheren Wahrscheinlichkeit körperlich aktiv, wenn auch der Freundeskreis körperlich aktiv ist.

- [Zur Internetpräsenz des Forschungsprojektes](#) 

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Auf dem Internetportal des *familiesandsocieties*-Forschungsverbundes finden sich neue Veröffentlichungen. Working Paper 68 fasst beispielsweise die Ergebnisse des Arbeitsfeldes 5 des Projektes zusammen. Unter dem Titel „Family Dynamics and Inequalities in Children’s Life Chances“ wird diskutiert, wie sich die gewandelten Familienformen und -dynamiken in Europa auf die Entwicklungschancen von Kindern auswirken. Working Paper 69 trägt unter dem Titel „Childlessness and Assisted Reproduction in Europe“ die Ergebnisse des Arbeitsfeldes 4 zusammen, das sich mit Kinderlosigkeit und Reproduktionstechnologien in Europa befasste. Moderne Geschlechterrollen und deren Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft ist das Thema des Working Paper 71, während Nr. 72 sich mit Übergängen im Lebensverlauf auseinandersetzt sowie mit der Frage, inwiefern politische Maßnahmen Menschen angemessen dabei begleiten können. Ein weiteres Arbeitspapier stellt Forschungsergebnisse zur Einbindung von britischen Vätern in die Familienarbeit vor.

- [Zu den Veröffentlichungen bei familiesandsocieties.eu](#) 

FRA-Bericht zu kindgerechter Justiz

Kinder, die in Gerichtsverfahren involviert sind, haben oft Angst und fühlen sich übergangen und schlecht informiert. Dies offenbart ein neuer Bericht der EU-Agentur für Grundrechte FRA. Sie befragte 392 Kinder in neun EU-Mitgliedstaaten zu ihren Erfahrungen und Meinungen, in Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Kroatien, Polen, Rumänien, Spanien und im Vereinigten Königreich. Rund 2,5 Millionen Kinder sind EU-weit jedes Jahr als Opfer, Zeugen oder Partei an Gerichtsverfahren beteiligt. Der Bericht zeigt Probleme auf, denen Kinder gegenüberstehen, aber auch mögliche Lösungen und eine Reihe vielversprechender Praktiken, die es in den EU-Mitgliedstaaten bereits gibt. Wichtig sei den Kindern ihr Recht auf Gehör ist, sowie dass man ihnen mit Verständnis und Respekt begegne. Deshalb bedürfe es klarer und praxisorientierter Leitlinien sowie Schulungen für alle beteiligten Fachkräfte. Kinder wollten aber auch das Gefühl haben, während der oft langatmigen Verfahren stets über die Entwicklungen in dem betreffenden Fall und über ihre eigenen Rechte informiert zu sein. Dies macht deutlich, dass Kinder vor, während und nach dem Gerichtsverfahren altersgerecht informiert werden müssen.

➤ [Zum Bericht](#) 

Europäische Behindertenstrategie – Fortschrittsbericht vorgestellt

Am 2. Februar hat die Europäische Kommission ihren Zwischenbericht zur Umsetzung der Europäischen Behindertenstrategie 2010-2020 vorgestellt. Die Strategie ist das Hauptinstrument zur Unterstützung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (CRDP) innerhalb der EU. Der Bericht stellt fest, dass in allen acht Bereichen der Strategie Fortschritte erzielt wurden: Barrierefreiheit, Teilhabe, Gleichberechtigung, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Sozialschutz, Gesundheit und Außerstätigkeit. Erläutert wird, welchen Beitrag beispielsweise die Richtlinie für Barrierefreiheit, die öffentliche Internetseiten für jedermann zugänglich macht, oder der Europäische Behindertenausweis leisten.

➤ [Zum Bericht](#)  

Europarat veröffentlicht Jahresbericht zur Gender Equality Strategy

Der 2016er Jahresbericht zur Umsetzung der Gleichstellungsstrategie des Europarats ist erschienen. Darin wird zusammengefasst, mit welchen Gesetzen und Maßnahmen die Mitgliedstaaten dazu beigetragen haben, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu stärken. Dazu gehören beispielsweise Aktivitäten gegen häusliche Gewalt, zur Förderung von Frauen im Berufsleben oder zum Abbau von Stereotypen im Bildungssystem.

➤ [Zum Bericht](#)  

EU-Quartalsbericht: Beschäftigungszuwachs in der EU

Die am 8. Februar veröffentlichte Winterausgabe der vierteljährlichen Überprüfung zu Beschäftigung und sozialer Entwicklung in Europa weist auf steigendes Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen in der EU hin. Im Vergleich zum Vorjahr waren im Dezember 2016 1,8 Millionen Menschen weniger arbeitslos. Besonders deutlich war der Beschäftigungszuwachs in den jungen Altersgruppen (20-24 und 25-29 Jahre). Im Laufe des Jahres 2016 ist die Anzahl an Erwerbstätigen mit festen Arbeitsverträgen um 1,8 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 2,8 Millionen Menschen. Damit ist der Zuwachs bei den festen Arbeitsverträgen siebenmal höher als der Anstieg der befristeten Arbeitsverträge.

➤ [Zum Bericht](#)  

Neue Flash Reports des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik

Das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN) hat neue Flash Reports veröffentlicht, die einen kurzen Überblick über sozialpolitische Entwicklungen in einzelnen europäischen Staaten geben. Die aktuellen Ausgaben befassen sich mit der Bekämpfung von Armut in Liechtenstein, der sozialen Absicherung von Selbständigen in Portugal beziehungsweise von Pflegebedürftigen in Slowenien sowie mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Schweiz.

Von familienpolitischem Interesse ist zum einen der Flash Report 01/2017, der sich mit einer Maßnahme befasst, die seit 2010 in Mazedonien die Geburtenrate erhöhen soll. Für das dritte Kind erhalten Eltern dort seitdem einen Kindergeldbetrag, der das 4,5-fache des Transfers für das erste und zweite Kind beträgt. Der Kurzbericht stellt fest, dass infolgedessen zwar die Haushalte mit drei Kindern zugenommen hätten, der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der unterhalb der Armutsgrenze lebe, aber ebenso steige.

Flash Report 04/2017 zum anderen hat die Kinderbetreuung in der Schweiz zum Gegenstand. Die Schweiz gehört zu den OECD-Ländern, in denen Kinderbetreuung für Eltern besonders teuer ist. Der Kurzbericht stellt dar, mit welchen Maßnahmen die Schweizer Regierung befördern will, dass Kommunen und Kantone mehr in die Kinderbetreuung investieren.

- [Zu den Flash Reports](#) (engl)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
7. März 2017 Brüssel, Belgien	Innovation in Education: Improving Learning & Well-being	OoC Group im Europäischen Parlament
9.-12. März 2017 Straßburg, Frankreich	Europäischer Jugendkonvent	Junge Europäische Föderalisten
10. März 2017 Berlin, Deutschland	Wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern – alles geregelt in Europa?	Europäisches Parlament Informationsbüro
24. März 2017 Neapel, Italien	Rainbow families in Europe – Same love, different status. Results achieved and challenges ahead	NELFA
27.-28. März 2017 Trier, Deutschland	EU Disability Law and the UN Convention on Rights of Persons with Disabilities	ERA Academy of European Law
27.-30. März 2017 Düsseldorf, Deutschland	Creating a Social and Fair Europe for all Young People Conference	Deutscher Jugendhilfetag
29. März 2017 Brüssel, Belgien	Ending Gender-Based Violence in Europe. Implementing Strategies for Protection and Prevention	Public Policy Exchange

5.-6. April 2017 Cartago, Costa Rica	G-NET Summit 2017	Gender Equality Training Network
11.-12. Mai 2017 Prag, Tschechien	Families on the Move - Family policy & practice at the Centre of Europe	COFACE – Families Europe
21. Juni 2017 Berlin, Deutschland	Measuring Children's Rights: Why We Need Indicators	The National Coalition Germany
04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	World Congress on Family Law and Children's Rights	World Congress on Family Law and Children's Rights
08.-09. Juni 2017 Galway, Irland	Rediscovering Empathy; Values, Relationships and Practice in a Changing World – 2017 UNESCO Child and Family Research Centre 8th Biennial International Conference	UNESCO Child and Family Research Centre
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017	CATS Europe
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

